



12

NUMMER

16

JAHR

KADERBILDUNG UND WISSENSPRODUKTION IN DER TÜRKEI

STILLE AUF DEM CAMPUS

VON KAYA GENÇ

Ein Dozent verbrachte am Institut für politische Wissenschaften der Ankara-Universität einen Abend damit, Fragen für eine anstehende Prüfung vorzubereiten. Nicht eine Sekunde lang hätte er geglaubt, dass eine der Prüfungsfragen zu Todesdrohungen gegen ihn führen würde – Schriftsteller und Literat Kaya Genç berichtet von den heftigen Auseinandersetzungen über die Freiheit von Forschung und Lehre.

Weiter auf Seite 4

DIE UNIVERSITÄT, DER KRIEG UND DIE ZENSUR – INTERVIEW MIT ERSIN VEDAT ELGÜR

VON İSMAIL DOĞA KARATEPE

Mehr als 1.000 »Akademiker*innen für den Frieden« haben die Regierung der AKP in einer gemeinsamen Erklärung für ihr gewaltsames Vorgehen gegen die kurdische Bewegung kritisiert und eindringlich für eine politische Lösung des Konflikts geworben. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan griff die Unterzeichner*innen daraufhin scharf an. In der Folge wurden viele von ihnen festgenommen, mit Jobverlust bedroht oder anderweitig unter Druck gesetzt. Über die Wirkung des Aufrufs auf das politische Klima in der Türkei, über Zensur und Selbstzensur sprachen wir mit dem Dozenten Ersin Vedat Elgür von der Dicle Universität.

Weiter auf Seite 7

ETWAS BLEIBENDES SCHAFFEN – ELEMENTE ISLAMISCH-KONSERVATIVER KADERBILDUNG

VON ERROL BABACAN

Der politische Islam baut sich eine Gesellschaft nach seinem Ebenbilde. Die Islamisierung dringt auf der untersten Stufe des Bildungssystems in die Vorschulen vor. Auf der obersten Stufe findet ein Kampf um die Hochschulen, das Zentrum bürgerlicher Wissensproduktion statt. Die »nationale Akademie« ist bereits sichtbar auf den Plan getreten.

Weiter auf Seite 11

PRESSE- UND MEINUNGS(UN)FREIHEIT IN DER TÜRKEI

VON FITNAT TEZERDI

Um die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei ist es extrem schlecht bestellt. Wirtschaftliche Interessen, Zwangs(ver-)kauf von Agenturen, Sendern und Zeitungen sowie Erzwingung regierungskonformer Berichterstattung charakterisieren das Feld. Kritik kostet den Job und die Karriere, führt nicht selten ins Gefängnis.

Weiter auf Seite 15

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), İsmail Doga Karatepe (Kassel), Anne Steckner (Berlin) und Fitnat Tezerdi (Marburg)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

unmittelbar nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 hat die AKP die Gewalt gegen jegliche Opposition verschärft. Während im Osten der Türkei Polizei- und Militärangriffe eskalierten, Ausgangssperren verhängt und Massaker an Zivilisten verübt wurden, wurden im Westen Friedensbewegte und Protestierende das Ziel von Gewalt. Das Bombenattentat in Ankara am 10. Oktober 2015 auf eine Friedensdemonstration verwandelte auch den Westen in ein Kriegsgebiet. Nachdem die AKP durch die wiederholten Parlamentswahlen vom 1. November 2015 wieder die Alleinregierung stellen konnte, eskalierte die Gewalt infolge ihres Rachezugs weiter. Hetze gegen Journalist_innen und Wissenschaftler_innen in regierungsnahen Medien, Repression gegen friedensbewegte Akademiker_innen und ihre Bedrohung durch Studierende sowie Kollegen zeigen auf, wie sehr die von der AKP verursachte Kriegslage das Land polarisiert. In Institutionen, in denen Meinungsfreiheit eigentlich den breitesten Platz einnehmen müsste, hat der Repressionsapparat durch Kader- und Kontrollpolitik tiefe Wurzeln geschlagen. Repressalien, die in der Vergangenheit eher vereinzelt auftraten, und der totale Krieg der AKP gegen die gesamte Opposition haben in der Türkei und auf internationaler Ebene große Empörung ausgelöst.

In dieser Ausgabe widmen wir uns der Zensur an den Universitäten und in den Medien sowie der langfristig ausgelegten Kaderpolitik in den Institutionen. Wir beabsichtigen, den institutionellen und historischen Hintergrund der aktuellen Entwicklungen zu skizzieren und auf diese Weise die Spuren eines tief verwurzelten Zensurmechanismus nachzuverfolgen, der in Krisen- und Kriegszeiten mit geballter Wucht sich gegen die gesamte Opposition richtet.

Der erste Artikel reflektiert die Zensur- und Kontrollmechanismen an den Universitäten. Kaya Genç erläutert die bestimmende Rolle des Hochschulrats (YÖK) während der AKP-Ära und zeigt die veränderte Haltung der Regierungspartei zu aka-

demischen Freiheiten im Kontrast zu ihrer frühen Regierungszeit auf. Genç weist auf eine von der Regierung geschaffene Atmosphäre der Angst für nicht-sunnitisch-konservative Gruppen hin und benennt eine jüngere Direktive des YÖK, mit der die akademische Welt domestiziert werden soll, indem ihr vorgeschrieben wird, sich aus öffentlichen Diskussionen raus zu halten.

Es folgt ein Interview mit Dr. Ersin Vedat Elgür, der Mitunterzeichner des Aufrufs der »Akademiker_innen für den Frieden« ist. Der von 1.128 Akademiker_innen unterzeichnete Aufruf gegen die eskalierende Kriegssituation im Osten der Türkei, gegen Freiheitsverletzungen und Ausgangssperren gab die Losung aus: »Wir werden keine Komplizen dieses Verbrechens sein«. Nicht der Inhalt des Aufrufes, sondern die Ermittlungen gegen die Unterzeichner_innen lösten internationale Empörung aus. Elgür erklärt, warum die Regierung derart harsch auf den Aufruf reagierte, welche Repressalien die Akademiker_innen erleiden mussten und wie sich Regierungszensur und Selbstzensur an den Universitäten Hand in Hand entwickeln. Elgür benennt anhand der Solidarisierungen auch Möglichkeiten für Gegenstrategien, um den Repressalien zu widerstehen.

Errol Babacans Artikel beleuchtet weitere Hintergründe dieser aktuellen Entwicklungen. Er erläutert die Rolle der islamischen Erziehung in den Mittelschulen und Gymnasien anhand von Veränderungen im Bildungssystem und benennt die forcierte Geschlechtertrennung als ein bezeichnendes Element des islamischen Konservatismus. Babacan verweist darauf, dass das Bildungssystem unter der Losung, »eine religiöse und zürnende Generation« zu erziehen, einer Reformierung im Rahmen des islamischen und nationalistischen Populismus unterworfen wird. Ein zweiter Aspekt, den Babacan in den Blick nimmt, ist die fortgeschrittene Kaderbildung an den Universitäten anhand von Daten über eine regierungsnahen Akademikergruppe, die eine Gegenkampagne gegen die »Akademiker*innen für den Frieden« initiiert hat.

Fitnat Tezerdi widmet sich im letzten Artikel dieser Ausgabe der Medienzensur und der Verletzung der Meinungsfreiheit in der Türkei. Sie führt an, dass Repressalien nicht neu sind und zeigt anhand von Beispielen auf, wie die Zensur- und Unterdrückungsmechanismen funktionieren und die Gleichschaltung der Medien mittels Enteignung und Zwangsverwaltung durch Treuhänder der Regierung umgesetzt wird. Tezerdi argumentiert, dass die Entwicklung zu einer Diktatur durch ökonomische Interessen privater Medienkonzerne verstärkt wird. Sie weist jedoch auch darauf hin, dass es weiterhin Medienschaffende gibt, die trotz Repression und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die kritische Berichterstattung aufrechterhalten.

Eine interessante Lektüre im Namen der Redaktion wünschen

Özgür Genç und Murat Çakır

* * *

STILLE AUF DEM CAMPUS

VON KAYA GENÇ

4

Ein Dozent verbrachte am Institut für politische Wissenschaften der Ankara-Universität einen Abend damit, Fragen für eine anstehende Prüfung vorzubereiten. Nicht eine Sekunde lang hätte er geglaubt, dass eine der Prüfungsfragen zu Todesdrohungen gegen ihn führen würde – Schriftsteller und Literat Kaya Genç berichtet von den heftigen Auseinandersetzungen über die Freiheit von Forschung und Lehre.

Reşat Barış Ünlü ist ein beliebter Dozent am Institut für politische Wissenschaften der Ankara Universität und den meisten bekannt durch seine Biografie über den türkischen Sozialistenführer Mehmet Ali Aybar. Als Wissenschaftler der Geschichte politischer Bewegungen im Osmanischen Reich gab Ünlü seinen Studierenden die Aufgabe, das »Kurdistan Manifest« von Abdullah Öcalan, den inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, zu analysieren. Öcalan verbirgt eine lebenslängliche Haftstrafe auf der Insel Imrali im Marmara-Meer und hat in den vergangenen Jahren die Gespräche/Verhandlungen mit der türkischen Regierung im sogenannten »Friedensprozess« geführt. Für seine neue Rolle als Friedensstifter fanden einige Politiker der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) durchaus lobende Worte – und das öffentlich.

Aber für die nationalistische Zeitung Vahdet (türkisch für Einheit/Eintracht oder Einzigartigkeit) kam die Aufgabe, Öcalans frühes Revolutionsmanifest zu analysieren, Hochverrat gleich. »Was ist das für eine Universität?« kreischte die Überschrift in Vahdet. »Dieser Dozent namens Barış Ünlü gibt seinen Studenten doch glatt Aufgaben zu Abdullah Öcalan. Er spricht in seinen Seminaren über ihn, als sei er eine ›Führungsfigur‹. Er stellt seinen Studenten die PKK als die ›kurdische Bewegung‹ dar.« Der Zeitungsartikel endet damit, dass Akademiker*innen und Journalist*innen eine ähnliche Strategie wählten, um ihren ›terroristischen Aktivitäten‹ nachzugehen: Sie würden sich »unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit« verstecken. Aufgrund dieses Artikels und einer Hasskampagne in den sozialen Netzwerken erhielt Ünlü mehrfach Morddrohungen.

Es ist wohl eher die Ausnahme, dass bei einer Prüfung der Dozent, der die Fragen stellt, am Ende mehr eingeschüchtert ist als seine Studierenden. Und obwohl Ünlü keiner disziplinarischen Maßnahme durch seine Universität unterworfen wurde, musste er in Todesangst leben, nur weil er einer rechtmäßigen akademischen Tätigkeit nachgegangen war.

Der Fall Ünlü steht exemplarisch für ein Klima der Angst mit Blick auf die Freiheit von Forschung und Lehre in der Türkei, wo eine einzige Entscheidung eine sorgfältig aufgebaute Karriere zerstören kann. »Es gibt eine Identitätskrise im türkischen Bildungssystem«, meint Sarphan Uzunoğlu, Dozent an der Kadir Has Universität in Istanbul. »Die meisten Studierenden, die keinen sunnitischen Hintergrund haben, können ihre religiösen Identitäten nicht offen zeigen. Verpflichtender Religionsunterricht ist eines der Hauptprobleme unseres Bildungssystems. Konservativer Sunnit zu sein, ist ›gestattet‹. Demgegenüber befinden sich Kurden, Christen, Juden, Aleviten oder Shia-Muslime in einer Situation der Unterdrückung.«

Nahezu jeder kennt die strukturellen Gründe, die den Beeinträchtigungen der Freiheit von Forschung und Lehre in der Türkei zugrunde liegen. Der Hochschulrat (türkisch: Yükseköğretim Kurulu, YÖK) ist berichtigt für seine umfangreiche Überwachung des akademischen Lebens an allen Universitäten der Türkei. Er wurde 1981, ein Jahr nach dem Militärputsch vom 12. September 1980, gegründet. Die Hauptaufgabe von YÖK besteht darin, sicherzustellen, dass alle Universitäten des Landes gemäß der Richtlinien des türkischen Staatsapparates geführt werden. Schon seit langer Zeit mischt sich der Hochschulrat in Details des akademischen Betriebs ein. Das umfasst Vorgaben bis zu der Frage, ob das akademische Personal Bärte und Kopftücher tragen darf.

Die Restriktionen der Aktivitäten des akademischen Personals ändern sich zwar in Abhängigkeit vom politischen Klima, aber die Entschlossenheit, das universitäre Leben zu kontrollieren, bleibt kon-

stant. Gerade vergangenes Jahr kündigte der YÖK neue Regularien an, die erwartungsgemäß großen Einfluss auf das Wirken von Akademiker*innen in der Türkei hatten: Die neuen Vorschriften verboten es Wissenschaftler*innen, »abgesehen von wissenschaftlichen Debatten und Statements irgendwelche Informationen oder persönliche Ansichten in den Medien, Nachrichtenagenturen und in Funk und Fernsehen zu verbreiten.« Auf diese neue Art wurde der akademischen Community in der Türkei zu verstehen gegeben, dass sie über öffentliche Themen zu schweigen hat – just zu einer Zeit, in der die Türkei sich in einer Ära beispielloser sozialer Unruhen befand.

Studierende trifft der Druck auch in den sozialen Medien: Eine Studentin im Grundstudium an der Anadolu Universität twitterte den Link zur Website der Satirezeitschrift Zaytung und bekam dafür im April dieses Jahres [2015] ein Jahr Gefängnisstrafe auf Bewährung.

Die zentralistische Kontrolle des Bildungswesens ist ein Dauerproblem, das die konservative Regierung der AKP zu beheben versprach, als sie [2002] an die Macht kam. Letztlich verschärfte sie es aber. Die Universitätsverwaltungen greifen auch immer mehr in kulturelle Aktivitäten und künstlerische Events ein. Das alljährliche Festival der Dokumentarfilme an der Ege Universität in Izmir wurde bspw. im April kurzfristig abgesagt. Die Studierenden setzten eine Petition auf change.org auf, um die Fortführung des seit sieben Jahren stattfindenden Filmfestivals zu erwirken.

An Ankaras Gazi Universität wurden 2013 eines Nachts zwei Skulpturen des berühmten österreichischen Künstlers Heinrich Krippel entfernt – es waren Akte. Im Jahr davor wurde an sieben großen Universitäten des Landes – Marmara, Atatürk, Gazi, Fatih, Turgut Özal, Akdeniz und Gümüşhane – der zensierte Internetzugang für alle Studierenden obligatorisch.

Der erfolgreiche Versuch des Rektors der Istanbul Technischen Universität dieses Jahr [2015], den Zugriff auf einen kritischen Artikel in der Zeitung Radikal zu blockieren, ist ein weiteres Beispiel von Zensur. Der Rektor erwirkte eine gerichtliche Verfügung gegenüber der Zeitung, weil sie über sein Versagen, akademische Freiheiten auf dem Campus zu erhalten, kritisch berichtet hatte.

Im selben Monat beschwerte sich ein/e Student/in [1] im Grundstudium über Akt-Malereien an den Wänden in der Bibliothek der Çukurova Universität. Seine/ihre Begründung: Die Gemälde würden die Studierenden ablenken. Als eine Zeitung darüber berichtete, nahm die Bibliothek die Bilder umgehend von der Wand und begründete dies in einem öffentlichen Statement damit, die Gemälde seien »zu alt«.

Die neuen Regularien des YÖK und solche nur scheinbar zufälligen Ereignisse sind Teil einer Verschiebung im türkischen Bildungssystem und in der Frage, was gegenwärtig an den Universitäten noch erlaubt ist. Vergangenes Jahr wurde der 90. Jahrestag der Verabschiedung des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Bildung von 1924 begangen. Dieses Gesetz ermöglichte es dem türkischen Staat, jeden Aspekt des Bildungswesens dahingehend zu kontrollieren, dass alle diesbezüglichen Institutionen unter dem Dach des Bildungsministeriums zusammengefasst wurden.

Im Jahr 2013 sah das Vorstandsmitglied des religiös-konservativen Vereins für Menschenrechte und Solidarität mit den Unterdrückten (türkisch: Mazlum-Der), Beytullah Emrah Önce, die dringende Notwendigkeit, dieses Gesetz abzuschaffen. So könne damit begonnen werden, die bedrückende, repressive und verleugnende Denkart der Regierung zu überwinden.

Das Bildungssystem der Türkei bleibt aber wohl antidemokratisch, solange der YÖK weiter seines Amtes waltet und die Universitätsbürokratien ihre Regieanweisungen aus seinen Vorschriften entnehmen. In ihrer Programmschrift für die Wahlen in diesem Juni [2015] versprach die regierende AKP, den Hochschulrat zu reformieren. Doch bedeutet das im Grunde nur, dass diese Institution weiter bestehen wird – eben unter anderen Regelungen.

»Die Universitäten verfügen nicht über genügend Autonomie«, so Sarphan Uzunoğlu. »Die Sicherheitspolitik der Universitätsbürokratien beschneidet die Meinungsfreiheit und verunmöglicht gemeinsame intellektuelle Aktivitäten. Selbstzensur ist kein individueller Mechanismus für uns. Es gibt ein repressives Umfeld sowohl für Studierende als auch für Lehrende. Indem die meisten bürokratischen Vorgehensweisen durch Gesetze und Personal im höheren Verwaltungsdienst kontrolliert

werden, steht praktisch jede intellektuelle Regung unter Beobachtung.« Dabei gehe die Beschneidung akademischer Freiheiten Hand in Hand mit einer noch grundsätzlicheren Verschiebung von einem staatlich betriebenen Bildungssystem hin zu einem System, das auf neoliberalen Prinzipien beruht.

»Diese zweite Verschiebung ist ökonomischer Natur«, so Uzunoğlu. »Staatliche Universitäten sind schwächer denn je, während die Anzahl privater Colleges mit hohen Studiengebühren täglich wächst. Wenn du über genügend Geld verfügst, ist dir der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ›gestattet«, wohingegen für die unteren Klassen der Zugang zu guter Bildung fast unmöglich ist.« Dessen ungeachtet sei aber auch die Vorstellung, an den Privatusis gäbe es eine vergleichsweise Freiheit, eine Illusion, betont Uzunoğlu.

Um sich die Situation von (fehlender) Freiheit in Forschung und Lehre an den Universitäten eindrücklich vor Augen zu führen, vergleiche man den Fall von zwei Konferenzen über die Massaker an den osmanischen Armeniern. Die erste Konferenz fand im Jahr 2005 statt, die zweite war auf April 2015 angesetzt. Die Konferenz von 2005 sollte an der Bosphorus Universität in Istanbul stattfinden, angesehene Referent*innen waren geladen, darunter der renommierte Journalist und Herausgeber Hrant Dink und die Schriftstellerin Elif Safak. Die Konferenz wurde abrupt abgesagt, nachdem ein nationalistischer Anwalt beim Amtsgericht eine einstweilige Verfügung erwirkt hatte.

»Ich kann einer solchen Entscheidung, die die Durchführung einer Veranstaltung absagt, auf der Teilnehmende ihre Ansichten frei äußern, nicht zustimmen«, sagte der damalige Premier Recep Tayyip Erdoğan. Also fand die Konferenz schließlich an der privaten Bilgi Universität statt. Trotz der Versuche von Protestierenden, die Redner*innen daran zu hindern, die Veranstaltungsräume zu betreten, war die Veranstaltung ein Erfolg und Meilenstein für die akademische Freiheit in der Türkei.

Als Wissenschaftler*innen türkischer Universitäten und der Universität von Kalifornien 2015 am selben Ort eine ähnliche Konferenz organisieren wollten, im Jahr des hundertsten Jahrestages der Massenermordungen an den osmanischen Armeniern, lehnte die Bilgi Universität ab. In einem Statement sagte sie, sie habe überhaupt nie eine Bewerbung

von den Konferenzorganisator*innen erhalten. Die Organisator*innen wiederum betonten, die Universität habe nicht nur ihre Bewerbung angenommen, sondern die Veranstaltung sogar angekündigt, aber anschließend von ihrer Website gelöscht. Solch ein Zwischenfall, falls erwiesen, scheint auf eine neue, düsterere Atmosphäre der Zensur hinzudeuten.

[1] Geschlecht ist nicht bekannt.

Das englische Original dieses Artikels erschien in der Zeitschrift *Index on Censorship*. *Silence on campus: How a Turkish historian got death threats for writing an exam question*, June 2015, vol. 44 no. 2, 10-13.

DIE UNIVERSITÄT, DER KRIEG UND DIE ZENSUR – INTERVIEW MIT ERSIN VEDAT ELGÜR

VON İSMAIL DOĞA KARATEPE

Die im Januar 2016 veröffentlichte »Erklärung der Akademiker*innen für den Frieden« (türkisch: Barış İçin Akademisyenler, BAK) stieß sowohl in der Türkei als auch im Ausland auf großes Echo. Unter dem Titel »Wir werden keine Komplizen dieses Verbrechens« schildert die Erklärung, wie der türkische Staat bei den bewaffneten Auseinandersetzungen der vergangenen Monate in Südostanatolien Rechte und Freiheiten verletzt hat, und äußert die Hoffnung, Gewalt und Ausgangssperren mögen ein baldiges Ende finden. Die Erklärung wurde nicht nur von Wissenschaftler*innen aus der Türkei, sondern auch von berühmten ausländischen Intellektuellen wie David Harvey, Noam Chomsky, Immanuel Wallerstein, Judith Butler und anderen unterschrieben – insgesamt 1.128 Unterzeichner*innen. Die AKP-Regierung und Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan griffen die Erklärung und die Unterzeichner*innen scharf an. Zahlreiche Akademiker*innen in der Türkei wurden daraufhin verhaftet oder gekündigt.

Über diese Erklärung, ihre Auswirkungen und die Zensur im akademischen Betrieb sprachen wir mit dem Dozenten der Dicle Universität und Herausgeber des Verlags NotaBene Yayınları, Dr. Ersin Vedat Elgür.

Infobrief Türkei: Warum wurde eure Erklärung von der Regierung derart angegriffen? Früher wurden ja auch schon solche Aufrufe veröffentlicht...

Ersin Vedat Elgür: Interessant, das ist die erste Frage, die sowohl die Unterzeichner*innen sich stellen als auch Interessierte uns fragen: Wie kann es sein, dass in unserer heutigen Welt eine vergleichsweise harmlose politische Aktion wie eine Unterschrift eine derart scharfe Reaktion auslöst?

IT: Und, zu welchem Schluss seid ihr gekommen?

EVE: Ich bin der Auffassung, dass es zwei miteinander verbundene Gründe dafür gibt. Zum einen die reaktionäre Alltagspolitik der AKP, die - jenseits von Disziplin und Kontrolle - weder Hoffnung noch

ein positives Versprechen für die Zukunft anzubieten hat. Deswegen werden uns Religion und Moral als etwas Politisches verkauft. Das Feld, auf dem diese Moral – die des politischen Islam – gilt, ist infolge des neoliberalen Gesellschaftsmodells aber korrumpiert. Deswegen inszeniert die AKP ihre Politik als eine anti-politische, auf ethnische und religiöse Zugehörigkeiten basierende Polarisierung. Es war nur folgerichtig, dass sie die Erklärung der Akademiker*innen instrumentalisieren würde – um all die Menschen an sich zu binden, die diesen Politikstil teilen.

IT: Du sprachst von einem weiteren Grund...

EVE: Ja, der hat damit zu tun, dass nicht nur die AKP, sondern alle konservativen und rechten Parteien versuchen, über die Fundamente der Politik zu schweigen, also z.B. Kritiken an den Strukturen dieser Gesellschaft zu verhindern.

IT: Und, ist das in diesem Fall gelungen?

EVE: Nein. Der instinktive Versuch, einen politischen Aufruf durch Kriminalisierung zu einer »Straftat« zu machen, führte im Ergebnis zu einer viel größeren Reaktion und damit zu weit mehr politischem Einfluss als die ursprüngliche Unterschriftenaktion. Auch die umstrittene Passage in der Erklärung – »im Rahmen der Forderungen des kurdischen politischen Willens« – verlieh dem ausdrücklich politischen Anspruch des Aufrufs Gewicht.

IT: Die meisten haben aufgrund des Drucks ihre Unterschriften zurückgezogen. Welche Auswirkungen hatte das?

Ich glaube, hier liegt eine Fehlinformation vor: Die Zahl derjenigen, die ihre Unterschrift zurückzogen, ist sehr niedrig. Mehr noch: Infolge der scharfen Reaktion durch die Regierung haben trotz des allgegenwärtigen Drucks rund 1.000 weitere Akademiker*innen unterschrieben. So erhöhte sich die Zahl der Unterschriften auf über 2.000. Keiner unserer Mitstreiter*innen, die ihre Unterschrift zu-

rückgezogen haben, steht nun außerhalb der BAK-Initiative. Vielmehr verfolgen sie gemeinsam mit uns den Prozess.

IT: Aber der Druck hat nicht nachgelassen...

EVE: Bei den ersten Reaktionen auf die Erklärung war zu beobachten, dass beleidigende Aussagen in einer banalen Alltagssprache, fernab jeder politischen Analyse formuliert waren. Erschreckender waren Aussagen wie »unsere Nation weiß genau, wie sie auf solche Leute reagieren wird«, die von der obersten parlamentarisch-politischen Ebene kamen. Ich denke, dass Hetze und Beleidigung zwei Ziele haben: Erstens sollten die Hochschulkommission und die Universitätsleitungen zu Untersuchungen und Entlassungen bewegt werden – die Unterzeichner*innen stammen ja aus einer bestimmten Berufsgruppe. Unter Verletzung sämtlicher juristischer und moralischer Prinzipien hatte dies Erfolg. Zudem sollten Staatsanwälte, die sich innerhalb des juristischen Rahmens beweisen wollten, uns mit Strafanzeigen umzingeln. Auch hier waren sie erfolgreich. Derzeit stehen 1.128 Personen unter dem Vorwurf, »Mitglied oder Unterstützer einer Terrororganisation« zu sein, vor Gericht. Unfassbar, aber genau das ist die Situation.

IT: Wie ist es in dieser bedrohlichen Situation um die Moral der Betroffenen bestellt?

EVE: Die Motivation der unterzeichnenden Akademiker*innen ist sehr hoch. Zumal Versuche, in der Bevölkerung schärfere Reaktionen mit vielleicht noch gefährlicheren Folgen zu provozieren, nicht gefruchtet haben. Es ist ja so: Wir unterrichten deren Kinder, wir waren täglich mit ihnen zusammen. Und wir reden hier von rund 2.000 Köpfen mit akademischem Talent und Vermittlungskompetenzen auf hohem Niveau. Wir standen mit den Füßen fest auf dem Boden und waren selbstbewusst. Wir hatten die Absicht, ein Problem, das dem Land zehntausende Tote beschert hat, auf die politische Agenda zu setzen – in einem Feld, wo normalerweise persönlicher Ehrgeiz und kurzfristige Programme den Ton angeben.

*IT: Auch einige Verlage unterstützten die Akademiker*innen mit einem eigenen Aufruf. Welchen Druck mussten sie aushalten?*

EVE: Nicht nur Verlage. Wir haben unter der Überschrift »Alle für den Frieden« von Schriftsteller*innen, von Studierenden bis zu den Gewerkschaften viel Unterstützung erfahren. Nach dieser breiten Unterstützung hat der Druck unterschiedliche Formen angenommen. So wurden z.B. die Unterzeichner*innen des Aufrufs »Literaten für den Frieden« durch einen Beschluss des Erziehungsministeriums von Schulleitungen ausgeschlossen. Das Ministerium für Kultur beschloss, von den uns unterstützenden Verlagen nichts mehr zu kaufen. Auch wenn kein offizieller Erlass vorliegt – das ist die Praxis.

IT: Was ist das konkrete Ausmaß dieser Maßnahmen?

EVE: Laut dem fast täglich aktualisierten Atlas der Unterdrückung der BAK-Initiative wurden gegen 689 Personen Verwaltungs- und Gerichtsermittlungen eröffnet, 38 wurden entlassen, 6 beurlaubt, 47 bedroht und 37 nach Polizeirazzien in Privaträumen festgenommen. Und schließlich wurden 3 Personen inhaftiert, der britische Akademiker Chris Stephenson wurde ausgewiesen, eine weitere Genossin kann aufgrund eines gegen sie erlassenen Haftbefehls nicht einreisen. Und all das passierte just in der Woche, in der inhaftierte Mitglieder des IS mit der Begründung »keine Fluchtgefahr« freigelassen wurden. In einer Zeit, in der die gewaltvollen Auseinandersetzungen in Cizre, Nusaybin, Sur, Bağlar und Yüksekova hunderte Tote forderten und mitten in Ankara und İstanbul Selbstmordattentate verübt wurden. Was kann die Berechtigung unserer Forderung nach Frieden und einer »echten politischen« Lösung anschaulicher unterstreichen?

IT: Konntet ihr nach den Reaktionen der Regierung ein Solidaritätsnetzwerk aufbauen?

EVE: Ja, das ging zum Glück schnell. Denn seit 2012 gibt es eine bestehende BAK-Struktur inkl. ehrenamtlicher Anwält*innen, die eine schwere Last schultern. Zwar haben wir zur Organisationspraxis und zu politischen Aktionen teils unterschiedliche Auffassungen. Aber die Forderung nach sofortigem Frieden in der kurdischen Frage sowie unser Wille, dem gegen uns alle gerichteten Druck standzuhalten, konnte manch trennenden Unterschied überwinden. Alle sind müde, aber alle lächeln auf eine provokante Weise.

*IT: Habt ihr auch Unterstützung von Kolleg*innen bekommen, die den Aufruf nicht unterschrieben haben?*

EVE: Ich hatte ja gesagt, dass trotz der Drohungen und des Drucks 1.000 neue Unterschriften hinzukamen. Das war für die ersten 1.128 sehr bedeutsam. Es gab auch Menschen, die dem Text inhaltlich widersprochen haben, was völlig normal ist. Rund 700 Personen haben sich mit der BAK solidarisch erklärt. Regierungsnahe Akademiker*innen starteten eine erfolglose Unterschriftenaktion gegen die BAK.

IT: Inwiefern erfolglos?

EVE: Sie haben einen banalen Text veröffentlicht, voller Beleidigungen, mit Rechtfertigungen für das Vorgehen der Regierung und ohne irgendeinen konstruktiven Vorschlag. Dennoch war das wichtig, weil es zeigte, wie viele Akademiker*innen ihren Kolleg*innen das Recht auf Kritik und freie Meinungsäußerung absprachen. Es waren viele. Hier zeigt sich das Ergebnis der furchtbaren Kaderpolitik der letzten 10 Jahre. [1]

IT: Was ist damit gemeint?

EVE: Ich spreche hier von einer Kaderpolitik, die vom Rektor bis zum Verwaltungspersonal reicht. Sie werden für ihre Posten bestimmt, haben aber von Universität oft wenig Ahnung. Das führt zu Spannungen. Aber eigentlich ist das Problem noch grundlegender: Die Universitäten in der Türkei haben kapituliert.

IT: Wie bitte??

EVE: Sicherlich wäre das eine längere Diskussion wert, aber ich denke, dass sich die Universitäten in der Türkei – also die Orte, an denen Wissensproduktion stattfindet, quasi das intellektuelle Rückgrat eines Landes – der neoliberalen Verwertungs- und Verwaltungslogik unterworfen haben. Insofern müssen wir, wenn der juristische und jobbezogene Druck nachlässt, über dieses viel größere Problem gründlich nachdenken. Hinter unseren Vorschlägen zur kurdischen Frage konnten wir eine große Masse versammeln. Manchmal kann eine singuläre Positionierung eine solche Kraft entfalten, dass sie auf das universelle Problem darunter verweist.

IT: Manchmal beginnt die Schranke ja schon im Kopf. Wie verhält es sich mit Selbstzensur in der akademischen Welt?

EVE: Einerseits findet auf der persönlichen Ebene Selbstzensur statt, ja. Andererseits sind wir als BAK auch kollektiv sichtbar geworden. Durch die Veröffentlichung und Verbreitung unseres Aufrufs haben wir eine Art Zensur-Schranke errichtet, um die Meinungsfreiheit zu schützen. Immerhin ein Versuch.

IT: Dennoch wird weiter zensiert und gedroht...

EVE: Das Problem ist: Gerade zur kurdischen Frage ist es in den etablierten Medien unmöglich, einen politischen Vorschlag zu unterbreiten, der außerhalb der Regierungsperspektive steht – wobei wir nicht mal sicher sind, ob die Regierung außer der gewaltvollen Lösung überhaupt eine Perspektive hat. In den Medien sind aufgrund der Eigentümerstrukturen keine oppositionellen Stimmen mehr zu hören.[2] Letztlich offenbart die Inhaftierung der bekannten Cumhuriyet-Journalisten Can Dündar und Erdem Gül die Situation der Zensur im Land.

IT: Gibt es also gar keinen Ort der Kritik mehr?

EVE: Doch, natürlich in den sozialen Medien. Die meisten Strafanzeigen wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes erfolgen gegen Postings in den sozialen Medien. Es ist schon zur Routine geworden, dass an bestimmten Tagen oder nach Vorfällen, von denen man denkt, sie könnten der Regierung schaden, das Internet verlangsamt wird. Insofern versuchen wir als BAK ein Feld zu öffnen, in dem wenigstens über einen Fall debattiert werden kann, da inhaltliche Diskussion sonst kaum möglich ist.

IT: Wurde der Zeitpunkt der Erklärung also bewusst gewählt oder war es schlicht nicht mehr auszuhalten?

EVE: Vieles zeichnete sich schon seit einiger Zeit ab. Die Intensivierung der Zusammenstöße zwischen dem Staat und der kurdischen Bewegung sowie die nicht aufgehenden Bombenattentate nicht nur in den kurdischen Gebieten, sondern auch in den westlichen Metropolen, deuteten auf eine Spirale der Gewalt. Dann weigerte sich die Regierung, das Wahlergebnis vom 7. Juni 2015 zu akzeptieren – bei dem die kurdisch-linke Opposition dank der Zusammenarbeit von kurdischer Bewegung und

türkischen Linken rund 13 Prozent erringen konnte. Schon am Tag danach war die faktische Kriegserklärung durch die Regierung voraussehbar.

IT: Wie das?

EVE: Wir wussten, dass die Regierung mit der Armee, deren Macht sie vorher geschwächt hatte, in der Frage des Krieges gegen die Kurd*innen zu einer Übereinkunft gekommen war. Es war absehbar, dass dieser Krieg aufgrund der Erfahrungen der kurdischen Bewegung in Rojava nicht wie bisher geführt werden konnte. Unsere Betonung der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung wurde genau dann unumgänglich, als das Voraussehbare eintrat. Als die Kriegstaktiken des Staates sichtbar wurden, die auf eine Bestrafung der gesamten kurdischen Bevölkerung – Zivilisten eingeschlossen – zielten. Aber wie hätten wir unserer Stimme Gehör verschaffen können? Die Medien waren für strukturelle Analysen über die Türkei und den Nahen Osten nicht zugänglich. In den Fernsehsendungen war es nicht möglich, irgendeinen Analysten zu finden, dessen kognitiven Fähigkeiten etwas höher waren als die eines Schülers der Mittelstufe.

IT: Welche Strategien können Intellektuelle gegen Zensur und Selbstzensur in der Türkei entwickeln?

EVE: Ich bezweifle, dass die akademische Welt in der Türkei gegenwärtig überhaupt in der Lage ist, solche Strategien zu entwickeln. Denn die neuen Formen der Arbeitsteilung und Arbeitskontrolle an den Universitäten engt das intellektuelle Schaffen ein. Wir konnten bis jetzt auf die klassischen Mittel wie Zeitschriften, Kongresse, Verlage etc. als Felder der Meinungsäußerung zurückgreifen. Aber infolge der strukturellen Veränderungen des gesamten akademischen Betriebs wurden diese Mittel so sehr begrenzt, dass wir praktisch nur unter uns sprechen können.

IT: Also am besten raus aus den Unis?

EVE: Unsere Erklärung liefert zumindest einige Hinweise, wie neue Formen der Kritik aussehen können. Aber im Grunde müssen wir aus diesem ganzen Prozess mit einer neuen Aufgabe rausgehen: Wir müssen Strukturen schaffen, die für die gesellschaftliche Opposition, für die Arbeiter*innen-Bewegung in ihrem Kampf um Demokratie als eine Art Wissensdepot fungieren. Das bedeutet aber nicht,

ganz außerhalb des akademischen Betriebs zu agieren oder die Universitäten zu verlassen. Dennoch müssen wir ihre Grenzen und Unzulänglichkeiten aufzeigen, sie hier und jetzt hinterfragen.

IT: Ein Wissensdepot für die Widerständigen – und dann?

EVE: Es ist natürlich bedeutsam, wenn z.B. die Zensur individuell hinterfragt und abgelehnt wird. Aber Widerstand entsteht nicht allein durch Ablehnung, sondern dadurch, dass wir ein Feld schaffen, auf dem das Abgelehnte seine enorme Bedeutung verliert. Damit kommen wir zum Ausgangspunkt zurück: Wir müssen dazu beitragen, dass sich eine verbindliche politische Praxis mit einem positiven Versprechen für die Zukunft entfalten kann. ■

[1] vgl. hierzu auch den Text »Etwas Bleibendes Schaffen – Elemente islamisch-konservativer Kaderbildung« von Errol Babacan in dieser Ausgabe.

[2] vgl. hierzu auch den Text »Presse- und Meinungs(un)freiheit in der Türkei« von Fitnat Tezerdi in dieser Ausgabe.

ETWAS BLEIBENDES SCHAFFEN – ELEMENTE ISLAMISCH-KONSERVATIVER KADERBILDUNG

VON ERROL BABACAN

Der politische Islam baut sich eine Gesellschaft nach seinem Ebenbilde. Die Islamisierung dringt auf der untersten Stufe des Bildungssystems in die Vorschulen vor. Auf der obersten Stufe findet ein Kampf um die Hochschulen, das Zentrum bürgerlicher Wissensproduktion statt. Die »nationale Akademie« ist bereits sichtbar auf den Plan getreten.

Analysen der politischen Entwicklung in der Türkei, die vordringlich Ambitionen des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan als Triebkraft für Missstände ausdeuten, erfreuen sich großer Beliebtheit. So eingängig ihre Kernbotschaft ist, so sehr unterschätzen sie grundlegende Dynamiken. Der politische Islam ist eine langatmige Bewegung einer Bildungselite, deren Ziel in der Ausweitung religiöser Anschauungen und Praktiken auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens besteht. Ein besonderes Augenmerk ist auf das Erziehungs- und Bildungssystem gerichtet, das von unten bis oben umgestaltet wird.

JUGENDBILDUNG – RELIGIÖS UND ZÜRNEND

Die Institutionalisierung der Religion in Erziehung und Bildung ist weit fortgeschritten. Auf der mittleren Stufe des Bildungssystems erfolgt sie hauptsächlich über die Aufwertung religiöser Gymnasien (Imam-Hatip-Lyzeen) und den Ausbau religiöser Lehrinhalte an »normalen« Gymnasien.

2012 verabschiedete die AKP ein Gesetz zur Gleichstellung des Schulabschlusses an religiösen mit dem an »normalen« Gymnasien. Ein weiteres Gesetz zur Einführung eines neuen Wahlfachs ab dem fünften Schuljahr an allen öffentlichen Schulen zum »Koranstudium und Leben des Propheten«, zusätzlich zum obligatorischen Religionsunterricht ab der vierten Klasse, folgte. Der nachdrückliche Begleitslogan lautete: »Wir wollen eine religiöse und zürnende Generation erziehen«. Der Slogan ist eingebettet in eine von islamistisch-nationalistischen Intellektuellen seit Jahrzehnten propagierte Vision eines kämpferischen und stolzen Türken, der seine angeblich durch Säkularismus verursachte Verweichlichung und Unterwürfigkeit gegenüber dem Westen überwinden soll.

Die ursprünglich als Berufsschulen für sunnitische Vorbeter und Prediger konzipierten Imam-Hatip-Lyzeen (IHL) vermitteln eine intensive Ausbildung in Ideologie und Praxis des sunnitischen Islam, lehren die »Sprache des Koran« (Arabisch) und im Gegensatz zur kemalistischen Doktrin ein Geschichtsbild, das einen affirmativen Anschluss an das Osmanische Reich und das Kalifat herstellt. Schon in den 1970er Jahren erfüllten die Schulen mehr als ihren ursprünglichen Zweck. Für Hunderttausende AbsolventInnen gab es keine entsprechenden Berufspfade. Ihre Zulassung zum Hochschulstudium schuf Abhilfe und eröffnete Karrierewege [1]. Erdoğan ist einer von vielen, die an einer IHL zu Geistlichen ausgebildet wurden und zu politischen oder bürokratischen Funktionsträgern avancierten.

In den 1990er Jahren wurden die IHL parallel zum Aufstieg des politischen Islam sehr populär. Jährlich wurden 100.000 SchülerInnen neu eingeschult, mit einem Frauenanteil von 40 Prozent. 1997 versuchte der damals von Generälen dominierte Nationale Sicherheitsrat, die von ihm einst zur »Bekämpfung des Kommunismus« – gemeint war auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung - massiv geförderte Islamisierung zu bremsen. Viele Schulen wurden geschlossen, der Schulabschluss wurde abgewertet. Die Neueinschulungen gingen drastisch zurück.

Unter der AKP erleben die Schulen eine Renaissance ohnegleichen. 2003, im ersten Regierungsjahr der AKP, waren an 450 IHL 71.100 SchülerInnen eingeschrieben, 2012 waren es 537 Schulen mit 268.245 SchülerInnen und im Jahr 2015 gab es 1.017 IHL mit 546.000 Schüler*innen. 2012 wurde zudem die durch Beschluss des Nationalen Sicherheitsrats geschlossene gymnasiale Vorstufe der religiösen Gymnasien - im Schulsystem entspricht dies der Mittelstufe – wieder eröffnet. Entsprechend schnellte die Zahl der Schüler*innen, die eine Bildung mit religiösem Schwerpunkt erhielten, hoch. 2015 waren es an Mittel- und Oberstufen zusammen 932.000.

Tabelle: Entwicklung religiöser Berufsschulen

	2003	2012	2014	2015	2015 inkl. Mittelstufe
Schulen	450	537	854	1.017	2.614
Schüler*innen	71.100	268.245	474.096	546.000	932.000

Die Gewerkschaft der Werktätigen in Erziehung und Wissenschaft – bekannt unter dem Kürzel Eğitim Sen - nennt weitere Maßnahmen, die die Aufwertung religiöser Inhalte in Bildung und Erziehung charakterisieren [2]. So rückt die Trennung der Geschlechter vermehrt auf die Agenda von Schulen. Lokale Schulbehörden ordnen an, dass der Abstand zwischen Jungs und Mädchen mindestens ein Meter betragen soll und Unterrichtspausen nach Geschlechtern getrennt stattfinden sollen. Gebetsrituale und Koranlesewettbewerbe in Schulen gehören inzwischen zur Normalität. Dass Ausflüge von Kindergärten und Schulen in Moscheen keine Ausnahme mehr bilden, lässt sich der Presse und Berichten von Eltern entnehmen. Die Religion macht auch vor Sonderschulen keinen Halt. Seit 2010 erhalten »autistische Kinder« verpflichtend religiöse Unterweisung, als Maßnahme gegen Atheismus, wie es heißt.

In Einzelfällen ist die religiöse Erziehung in Kindergärten vorgerückt. Die Standardisierung ist in Planung. Der Nationale Bildungsrat hat Ende 2014 Empfehlungen beschlossen, wonach die Vermittlung religiöser und nationaler Werte in den Vorschulen systematisiert werden soll. Der obligatorische Religionsunterricht soll zukünftig bereits mit der ersten Klasse beginnen. Schüler*innen, die den Koran auswendig lernen wollen (mehrere Hundert Seiten auf Arabisch), sollen ab der fünften Klasse – also im Alter von zehn Jahren – für zwei Jahre von der Schulpflicht entbunden werden können. Erlaubnisse für einen Zeitraum von einem Jahr werden bereits erteilt.

Die Regierung investiert enorm viel in die religiöse Ausbildung und privilegiert die IHL bei der Ausstattung gegenüber anderen Schulen. Zwar haben Eltern weiterhin die Wahl zwischen religiösen und »normalen« Gymnasien, allerdings werden immer mehr »normale« Gymnasien in IHL umgewidmet, so dass in manchen Orten Eltern diese Wahl faktisch nicht mehr haben. Ausgenommen von dieser Entwicklung sind bislang Privatschulen. Sie sind selbstverständlich nur für zahlungskräftige Schich-

ten zugänglich. Die Reichen können sich vom Islamisierungsdruck freikaufen. Der Anpassungsdruck auf die Ärmere ist stärker. Eine gemeinsame Strategiebildung zwischen ärmeren und reicheren Schichten gegen die Islamisierung wird somit erschwert.

KADERBILDUNG AN HOCHSCHULEN

Während der islamisch-konservative Nachwuchs sichergestellt wird, schreitet die Kaderbildung auch an den Hochschulen voran. Jüngst sichtbar wurde dieser »Fortschritt« infolge der Petition der »Akademiker*innen für den Frieden« (AfF), die von der Regierung die Beendigung der militärischen Belagerung kurdischer Städte sowie die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit der kurdischen Bewegung forderten. Eine zweite Gruppe Hochschulangehöriger, die sich »Akademiker*innen für die Türkei« (AfT) nannte, sprang der Regierung umgehend zur Seite und veröffentlichte eine Gegenpetition, mit der sie ihre Unterstützung im »Kampf gegen den Terrorismus« erklärte.

Die von 2071 Akademiker*innen unterzeichnete Türkeipetition gewährt einen Einblick in die Verfasstheit des regierungstreuen Personals an den Hochschulen [3]. Im Text heißt es, dass die Unterzeichner das »Wohl der Türkei« und »der türkischen Nation« gegen »dieses Gesindel, das sich Akademiker nennt« und »das noch gefährlicher und niederträchtiger als die Banditen in den Bergen ist«, verteidigen wollen. Wer sind diese nach eigenen Angaben »Türkei verliebten« Akademiker*innen, die die »echten Gefühle und Gedanken der türkischen Nation« ausdrücken wollen gegen ihre KollegInnen, die sie als »Gesindel« diffamieren, das »die Bekämpfung des Terrorismus untergräbt und die Sicherheitskräfte demoralisiert«?

Die Türkeipetition erhielt Unterstützung aus 168 Universitäten, 21 davon befinden sich außerhalb der Türkei [4]. 99 % der Unterzeichner arbeiten an einer türkischen Universität, lediglich 1 % ist außerhalb der Türkei beschäftigt. Interessant ist die Ver-

teilung nach Fachbereichen. Die mit Abstand größte Einzelgruppe unter den AfT wird von Theologen (20 %) gebildet, gefolgt von Ingenieuren (12 %) und Mediziner*innen (9 %). Der namentlich verantwortlich zeichnende Verfasser der Türkeipetition ist Leiter einer theologischen Fakultät. Der Frauenanteil beträgt nur 10 %, unter denjenigen mit Professur und Dozentur beträgt er sogar nur 5 %.

Zum Vergleich: Bei den »Akademiker*innen für den Frieden« liegt der Frauenanteil bei 54 %, ein Verhältnis, das auch bei steigendem akademischem Grad gleich bleibt. Bei den AfF wird die größte Gruppe von Ökonom*innen (19 %) gebildet, gefolgt von Politik- und Erziehungswissenschaftler*innen (14 bzw. 9 %). Die Friedenspetition erhielt Unterstützung aus 433 Universitäten. 321 dieser Universitäten befinden sich außerhalb der Türkei, hauptsächlich in Westeuropa und den USA. Etwa ein Drittel der Unterzeichner arbeitet an einer Universität im Ausland.

Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Informationen ziehen? Inhaltlich erkennbar ist, dass mit der Eskalation des Krieges das Gewicht des türkischen Nationalismus gegenüber dem islamischen Konservatismus zugenommen hat. Dies entspricht der aktuellen Bündniskonstellation: Für ihre Militäroffensive gegen die PKK erhält die Regierung handfeste Unterstützung aus dem ultra-nationalistischen Lager, das bis vor kurzem noch zu ihren Konkurrenten zählte [5]. Ein Spiegelbild des ideologischen Projekts der AKP und der beschleunigten Islamisierung im gesamten Bildungsbereich ist dahingegen die starke Präsenz von Theologen. Sie produzieren projektimmanentes Wissen [6]. Im Hinblick auf den konkreten Sachverhalt – die Lösung der kurdischen Frage – besteht dieses Wissen darin, die ideologischen Voraussetzungen für die Assimilierung der kurdischen Bevölkerung in die islamisch-konservative Nation herzustellen.

Wie ist die männliche Dominanz in der akademischen Gefolgschaft der Regierung zu erklären? Dass der konservative Islam eine Benachteiligung von Frauen im akademischen Berufsleben mit sich bringt, erscheint auf den ersten Blick als plausible Erklärung. Das drastische Übergewicht von Männern liegt jedoch mit ziemlicher Sicherheit auch am langjährigen, inzwischen aufgehobenen Kopftuchverbot an Universitäten, wodurch islamisch-konservative Frauen erst mit einiger zeitlicher Verzö-

gerung in das akademische Berufsfeld vordringen können.

NATIONALE AKADEMIE

Eine nähere Betrachtung verdient die geographische Verteilung. 90 % der in den drei Großstädten Istanbul, Ankara und Izmir beschäftigten Akademiker*innen, die eine der beiden Petitionen unterzeichnet haben, haben die Friedenspetition unterstützt. In vielen kleineren Städten hat das wissenschaftliche Personal dahingegen auffallend geschlossen die Türkeipetition unterschrieben. In den islamistischen und ultra-nationalistischen Hochburgen besteht eine erdrückende Dominanz der AfT, während in einigen säkular geprägten Städten und im kurdischen Südosten die AfF sichtbar präsent (wie in Antakya, Artvin, Aydın, Muş, Tekirdağ, Van), teils sogar in der Mehrheit sind (wie in Derim, Diyarbakır, Edirne, Mardin, Mersin, Muğla).

Neben diesem Zusammenhang zu den politischen Mehrheitsverhältnissen in den einzelnen Städten lässt sich ein Zusammenhang zur Entwicklung der Hochschullandschaft in der AKP-Periode erkennen. Die Anzahl der Universitäten hat sich seit 2003 verdoppelt. Obgleich es sich in einigen Fällen lediglich um Umwidmungen von sehr kleinen Berufshochschulen handelt, wurden unter der AKP etwa 100 neue Universitäten gegründet. An mehr als 60 % dieser Universitäten dominieren die AfT. An den Unterzeichnern (beider Petitionen) aus den neueren Universitäten haben die AfT sogar einen Anteil von 80 %.

Der Einfluss, den die AKP auf die Kaderbildung an den Universitäten nehmen kann – durch Ernennung von Rektoren und über den Hochschulrat YÖK –, fällt offensichtlich an den Universitäten, die unter ihrer Ägide gegründet wurden, fächerübergreifend stark ins Gewicht. Unter der AKP hat sich eine nationale und (vorläufig?) männlich dominierte Akademie gebildet, die am Nabel ihres Gesellschaftsprojekts hängt.

Mit der akademischen Kaderbildung wird ein politischer und ideologischer Schulterchluss in der Akademie erreicht. Die »nationale Akademie« agiert einerseits als verlängerter Arm der Regierung, andererseits trägt sie die selbige, von deren Zukunft ihre eigene abhängt. Der Einklang zwischen Regierung und AfT gemahnt an faschistische Zeiten. Die »nationale Akademie« ist zwar interna-

tional isoliert. Doch das scheint von geringer Bedeutung. Schließlich kann die Regierung internationalen Druck sogar in Stärkung des Konsens im Innern umlenken. Und falls diese Regierung stürzen und Erdoğan in der Versenkung der Geschichte verschwinden sollte: Etwas Bleibendes ist längst geschaffen. ■■■

[1] Ein kurzer Abriss zu den politischen Hintergründen dieser Geschichte findet sich unter: http://www.akweb.de/ak_s/ak566/08.htm

[2] Die Daten zu den IHL und weitere Angaben sind Berichten der Gewerkschaft Eğitim Sen entnommen: <http://egitimsen.org.tr/wp-content/uploads/2015/12/Egitimin-Dinselleştirilmesi-ve-Şura-Kararları.pdf>

[3] Die Zahl der Unterzeichner wurde nach Angaben der Urheber bewusst auf 2071 begrenzt. Die Zahl nimmt Bezug auf die Schlacht von Manzikert (Malazgirt Savaşı), die 1071 zwischen Seldschuken und Byzantinern ausgetragen wurde. In der nationalistischen Geschichtsschreibung gilt das Datum als Beginn der türkischen Eroberung Anatoliens.

[4] Die Türkeipetition wurde am 12. Januar 2016 veröffentlicht, einen Tag nach Veröffentlichung der Friedenspetition. Zu diesem Zeitpunkt hatten 1.128 AkademikerInnen die Friedenspetition unterzeichnet, die endgültige Zahl betrug 2.212. Der Abschnitt über die Petitionen beruht auf einer statistischen Auswertung von Efe Kerem Sözeri. Angaben zum methodischen Vorgehen und Schlussfolgerungen von Sözeri finden sich unter: <http://platform24.org/guncel/1320/evrensel-degerler-ve-milli-yalnizlik--iki-bildiri--iki-akademi>

[5] Dennoch sollte weiterhin zwischen islamisch-konservativem und türkischem Nationalismus unterschieden werden, um Charakter und Flexibilität der AKP adäquat erfassen zu können, vgl. <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2012/11/islamic-conservative-nationalism.html>

[6] Woraus der hohe Anteil an Ingenieuren und Medizinern hervorgeht, liegt allerdings nicht auf der Hand und müsste durch qualitative Studien herausgefunden werden. Möglicherweise wird die Fortführung des Baubooms und der Expansion des Gesundheitssektors, damit auch die Stabilisierung der beruflichen Zukunft am ehesten der AKP zugetraut.

PRESSE- UND MEINUNGS(UN)FREIHEIT IN DER TÜRKEI

VON FITNAT TEZERDI

Die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei ist beileibe kein neues Thema. Doch zeigen die jüngsten Ereignisse, wie groß der Betroffenenkreis inzwischen geworden ist. Die Verhaftung der Journalisten Can Dündar und Erdem Gül, die Stürmung der Redaktion der Zeitung Zaman, die der Gülen-Bewegung nahesteht, oder die öffentliche Entschuldigung des Showmans Beyazıt Öztürk, weil er auf einen Zuschaueranruf empathisch reagiert hat, sind die bekannteren Fälle.

Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit gab es en masse: Die Büros und Wahlstände der kurdisch-linksliberalen HDP (Demokratische Partei der Völker) wurden vor den Wahlen im Juni 2015 etwa siebzig Mal gezielt zerstört. Wütende AKP-Anhänger randalierten mehrfach vor dem Gebäude der Zeitung Hürriyet. Berühmt sind auch die regelmäßigen Sperren von Twitter, Facebook, YouTube und anderen Webseiten durch die Regierung. Solche pauschalen Sperren werden heute ergänzt durch ereignisbezogene Nachrichtensperren, insbesondere nach Bombenanschlägen, die eine unabhängige Information der Bevölkerung nahezu unmöglich machen.

DER OFFENSICHTLICHE DRUCK

Der Druck ist allgegenwärtig. Als die Lehrerin Ayşe Çelik, bei der populären Livesendung Beyaz Show als Zuschauerin per Telefon zugeschaltet, die Regierung für den Tod unschuldiger Zivilisten im Osten verantwortlich machte und Frieden forderte, war sie anschließend öffentlichen Anschuldigungen ausgesetzt, sie sei eine Terroristin und PKK-Anhängerin. Aus ihren Aussagen ging zwar keineswegs hervor, dass sie der PKK nahe stehen könnte. Doch ist dies in Zeiten, in denen alles außer bedingungsloser Unterstützung der Regierung zu Terrorismus erklärt wird, offensichtlich egal. Die anschließende öffentliche Entschuldigung des Showmasters und seine Beteuerung, dass er der patriotische Sohn eines Polizisten sei, zeigt die Tragweite der medialen Unterdrückung. Gegen Öztürk und die Zuschauerin wird nun wegen Terrorpropaganda ermittelt.

Das ist übrigens nicht das erste Mal, dass ein Moderator einen Rückzieher machen musste. Ein weiterer berühmter Showmaster, Okan Bayülgen, war zuerst aktiver Befürworter der Juni-Revolution und setzte dann die Bewegung mit den Worten herab: »Die jungen Leute hatten keine Aktivitäten wie Kino, Theater oder Sportstudios [...] zur Auswahl. So entdeckten sie die Aufregung auf den Straßen. Dasselbe wäre bei schlechtem Wetter nicht passiert.«

STAATSPRÄSIDENT GEGEN VERFASSUNGSGERICHT

Weltweite Aufmerksamkeit erlangte das Los von Can Dündar und Erdem Gül. Spionage und Umsturzversuch gegen die Regierung wurde den Journalisten von der für Terrordelikte zuständigen Staatsanwaltschaft in Istanbul vorgeworfen. Sie sollen Staatsgeheimnisse verraten haben.

Dündar und Güls Zeitung Cumhuriyet hatte Ende Mai 2015 Indizien vorgelegt, die auf eine Beteiligung des türkischen Geheimdienstes an Waffenlieferungen an islamistische Fundamentalisten in Syrien deuteten. Die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen die Journalisten wurde von Oppositionellen als ein Eingeständnis der Waffenlieferungen durch die Regierung ausgelegt. Verstärkt wurde diese Wahrnehmung durch die persönliche Drohung von Staatspräsident Tayyip Erdoğan, die beiden Journalisten würden einen hohen Preis zahlen. Dündar und Gül verbrachten drei Monate im Gefängnis, bis sie durch die Entscheidung des Verfassungsgerichts aus der Untersuchungshaft entlassen wurden. Dieser Entscheidung folgte eine weitere Drohung des Staatspräsidenten, diesmal gegen das Verfassungsgericht. Erdoğan stellte die Legitimation des höchsten Gerichts in Frage und versicherte, er werde die Entscheidung weder akzeptieren noch respektieren.

Pressefreiheit in der Türkei? Reporter ohne Grenzen stufte das Land im Jahr 2014 auf Platz 154, hinter dem Irak (Platz 153) und gefolgt von Gambia (Platz 155) [1]. Betrachtet man die Statistiken der letzten 12 Jahre, so rutschte die Türkei zwischen 2004 und 2014 um ganze 56 Ranglistenplätze nach

hinten. Während der Gezi-Revolution im Juni 2013 wurden 153 Reporter von Polizisten angegriffen, Ende 2013 waren über 60 Journalisten in Haft. Nicht selten verharren Journalisten mehrere Jahre in Untersuchungshaft und warten auf ihr Urteil. In den 12 Jahren der AKP-Regierung wurden 1863 Journalisten von ihren Arbeitgebern entlassen. Die Dunkelziffer liegt vermutlich weitaus höher. Viele wurden gedrängt, selbst ihre Kündigung einzureichen.

MEDIENMACHT DER AKP

Medien wurden von der Regierung oder regierungsnahen Institutionen gezielt beschlagnahmt oder aufgekauft, unliebsame Journalisten mundtot gemacht. Auf diese Weise konnte die AKP ein ihr naturgemäß wohl gesonnenes Medienreich schaffen.

In einem Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden der Oppositionspartei CHP, Veli Ağbaba, und der Abgeordneten Nurettin Güven, Muharrem Işık und Özgür Özel, der in Cumhuriyet Kitapları erschienen ist, wird auf 189 Seiten anhand von 65 Erfahrungsberichten von Journalisten während der 12 Jahre der AKP-Regierung die fehlende Pressefreiheit in der Türkei dokumentiert. Außerdem werden die Neukonfiguration der Medienlandschaft und die Neubesetzung der Medieneigentümer dargestellt. In Kalemî Kırılan Gazeteciler (»Journalisten mit gebrochenen Stiften«) berichten Journalisten, welcher Repression und welchen Strapazen sie durch die Regierung ausgesetzt waren, bis sie schließlich entlassen wurden oder im Gefängnis landeten. Darin wird Staatspräsident Erdoğan als der eigentliche Medienboss dargestellt. Sein Sohn Bilal Erdoğan sei der Chefredakteur von acht Zeitungen, die immer dieselben Schlagzeilen produzierten. Die Nachrichtenagentur Anadolu Ajansı sei die Pressestelle der AKP.

Die TMSF (Savings Deposit Insurance Fund of Turkey), eine staatliche Institution, deren Aufgabe darin besteht, Anleger gegen Korruption und Regelwidrigkeiten zu versichern, sei für die Buchhaltung zuständig. Die Regierung setze die TMSF zur Gleichschaltung der Medien ein. So beschlagnahmte die TMSF zahlreiche Fernseh- und Radiosender und Zeitungen wie Show TV, BMC, Digitürk, Sky 360, Akşam Gazetesi, Alem FM. Das Management dieser Medien wird anschließend von Regierungskommissaren geführt.

In diesen Medienorganen werde die Kooperation der Mitarbeiter für eine regierungskonforme Berichterstattung oft mit Mobbing, Androhung der Kündigung oder zur Frühverrentung aufrechterhalten. Eine der vielen Tonbandaufnahmen, die ins Netz sickerten, zeigt beispielsweise, wie die Regierung direkt in die Berichterstattung des Nachrichtensenders Habertürk intervenierte (Alo Fatih). Weitere Beispiele, die aufzeigen, wie Medien zu regierungsnahen Besitzern wechseln, sind der Kauf der Zeitung Sabah durch den Çalık-Konzern, in dem der Schwiegersohn von Erdoğan und jetzige Energieminister Berat Albayrak leitende Posten besetzt, sowie des Fernsehsenders TV8 durch einen regierungsnahen Showmaster. Dabei wurde nahezu der gesamte Mitarbeiterstab neu besetzt [2].

PINGUINMEDIEN

Die Berichterstattung in der Türkei korreliert auch mit wirtschaftlichen Interessen. Große Teile der Medien werden von privaten Konzernen kontrolliert, die von der Regierung Großaufträge erhalten (wollen). Mächtige Akteure sind die Doğan-Gruppe und der Çalık-Konzern. Der Doğan-Gruppe gehören u.a. die Tageszeitungen Hürriyet, Radikal, Milliyet, Posta und die Fernsehsender Kanal D, Star TV und CNN-Türk. Dem Çalık-Konzern gehören u.a. die Tageszeitung Sabah und der Fernsehsender ATV.

Beim Bau von Erdöl-Raffinerien in Ceyhan konkurrierten Çalık und Doğan um Lizenzen. Zunächst sollte die Doğan-Gruppe die Lizenz erhalten, doch die AKP vergab sie dem regierungsnahen Çalık-Konzern. Die Doğan-Gruppe brüskierte anschließend die AKP-Regierung, indem sie private Gespräche über Korruption und andere Machenschaften veröffentlichte, die von Unbekannten verbreitet und dadurch publik wurden. Es folgten finanzielle Sanktionen, Strafgebühren in astronomischer Höhe und verbale Angriffe gegen die Doğan-Gruppe [3].

Auch die Doğuş-Holding, der der Nachrichtensender NTV gehört, wollte ihre wirtschaftlichen Interessen nicht gefährden. Die Holding hatte die Ausschreibung für den Bau und Betrieb des Galataports, des zukünftigen Kreuzfahrterminals von Istanbul erhalten und hielt sich deshalb während der Gezi-Proteste mit kritischen Berichten zurück. Als der Funke der Juni-Revolution vom Gezi-Park auf die ganze Türkei übersprang, es bereits erste Tote durch Polizeigewalt gab, wurde in den Mainstream-

Medien darüber nicht berichtet. Während die Proteste explodierten, strahlte der Nachrichtensender CNN-Türk eine Dokumentation über Pinguine aus. Der Pinguin wurde somit zum Symbol des bewussten Wegschauens der Medienkonzerne.

DIKTATUR DER AKP

Auf die Frage eines Journalisten, ob er ein Diktator sei, antwortete Erdoğan im Oktober 2015, sein Gegenüber hätte diese Frage gar nicht stellen können, wenn er denn tatsächlich einer wäre. Dass Aykut Alp Avşar, Vorsitzender des Jugendverbandes der Vatan Partisi (Vaterlandspartei) in Kayseri, bereits im März 2015 verhaftet worden war, weil er den damaligen Ministerpräsidenten Erdoğan während der Gezi-Proteste einen Diktator nannte, schien zu diesem Zeitpunkt schon wieder vergessen. Es gibt viele solcher Fälle, wie beispielsweise die juristische Verfolgung des Elektrikers Ersan Taş, der auf Twitter einen Parodie-Account des Bürgermeisters von Ankara, Melih Gökçek, führte. Er bekam die rechtlichen Konsequenzen bis zum finanziellen Ruin zu spüren.

Die selektiven Nachrichten der regierungsnahen Medien, das Verbot der Berichterstattung über heikle Ereignisse und der offensichtlich massive Druck auf Journalisten verdeutlichen, dass es in der Türkei unter der AKP extrem schlecht um die Presse- und Meinungsfreiheit bestellt ist und die damit einhergehende Unfreiheit zunehmend diktatorische Ausmaße annimmt. Jede oppositionelle Kraft wird physisch, finanziell und verbal angegriffen, wie die zahlreichen Beispiele zeigen. Dennoch beharrt Ministerpräsident Davutoğlu darauf, die Pressefreiheit in der Türkei sei garantiert.

JOURNALISTEN GEBEN NICHT AUF

Nichtsdestotrotz: Es gibt weiterhin Journalisten, die auf die Misere aufmerksam machen und gegen Repressalien ankämpfen. So rief die Türkische Gewerkschaft für Journalisten (TGS) gemeinsam mit vielen weiteren journalistischen Verbänden und Gewerkschaften eine Petition mit dem Namen »Wir wollen Freiheit für unsere Berichterstattung« ins Leben [4]. Auch in dieser Petition wird darauf aufmerksam gemacht, unter welch prekären und existenzbedrohenden Umständen Journalisten derzeit arbeiten müssen: Druck durch die Regierung, Beschäftigung zu Hungerlöhnen, kein Kündigungsschutz, keine soziale Absicherung, kein Schutz in

Gefahrensituationen, sondern Bedrängnis und Angriffe durch die Polizei.

Regierungskritische Medien sind in der Türkei rar geworden und zunehmend nur noch im Internet zu finden. Doch die Stellen in alternativen Medien sind schlecht oder gar nicht bezahlt, Sperren der Internetmedien und einzelner Journalisten sind die Regel. Aber es gibt weiterhin Stimmen, die kritisch über die aktuellen Geschehnisse in der Türkei informieren, wie sendika.org, diken.com.tr, imctv.com.tr, gezite.org, dokuz8haber.com, BirGün, siyahihaber.org und viele andere Web-, Facebook- und Twitterseiten. ■■■

- [1] <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/archiv/>
- [2] <http://politics-polity-policy.de/p-p-p-blog/das-endlose-jahr-der-tuerkei-von-den-korruptionsvorwuerfen-bis-zu-den-kommunalwahlen/>
- [3] <http://www.taz.de/!5167564/>
- [4] <http://tgs.org.tr/habere-ozguruluk-istiyoruz/>